

18.44

Abgeordnete Mag. Agnes Sirkka Prammer (Grüne): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Bundesministerin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ich glaube, jeder kennt eine Geschichte über eine Person, deren Leben gerettet wurde, weil, manchmal kurzfristig, manchmal länger geplant, ein Organ verpflanzt werden konnte; weil man ein Spenderorgan bekommen hat, weil man ein Organ bekommen hat, das man dringend gebraucht hat, um weiterleben zu können. All diese Geschichten berühren uns, und all diese Menschen haben irrsinniges Glück, denn es gibt wesentlich weniger Spenderorgane, als es Menschen gibt, die sie brauchen.

Genau das ist ein riesengroßes Problem, denn diesen Mangel, dieses Minus haben auch Kriminelle für sich entdeckt. Dadurch ist dieser illegale Organhandel überhaupt erst möglich. Es gibt einen riesigen Bedarf an Spenderorganen, und es gibt wenige, leider viel zu wenige, gerade dort, wo es nicht diese Opt-out-Lösung wie bei uns gibt, sondern wo man sich aktiv als Organspender registrieren muss, weil es viel zu wenige gibt, die das tun.

Deshalb ist man eben auf die Idee gekommen, Menschen Organe abzu-pressen, Menschen, die in finanziellen Notlagen sind, dazu zu bringen, ihre Organe zu verkaufen, oder sie Menschen zu entnehmen, die man hingerichtet hat, die man teilweise auch zu Unrecht verurteilt hat, und damit ein lukratives Geschäft aufzubauen. Das ist schrecklich, das ist schändlich und das wollen wir in unserer Welt so nicht haben.

Deshalb gibt es diese Resolution, deshalb hat sich der Europarat dafür ausgesprochen, dass der Organhandel bekämpft werden muss. Er muss dort bekämpft werden, wo er entsteht, nämlich dort, wo Menschen in diesen Abhängigkeitssituationen sind. Es darf gar nicht erst passieren, dass Menschen Organe abgepresst werden. Es muss aber auch möglich sein, das zu verfolgen, es muss möglich sein, die Täter zur Strecke zu bringen, und das muss auch über Grenzen hinweg möglich sein, denn auch der Handel findet über Grenzen hinweg statt.

Aus diesem Grunde bin ich sehr froh, dass wir jetzt die Ratifizierung dieser Resolution auf den Weg bringen, denn es ist tatsächlich so, dass wir im österreichischen Gesetz noch keine ausreichende Regelung haben. Wir müssen es gesetzlich umändern. Das bloße Bekenntnis, dass wir das bekämpfen wollen, reicht nicht, und das wird jetzt angegangen. Dafür bin ich sehr dankbar und ich freue mich über eine breite Zustimmung zu diesem Antrag. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

18.46

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Karl-Arthur Arlamovsky. – Bitte. *(Ruf bei der ÖVP: Go, Karli, go!)*